

Audiotranskription

Prof. Dr. Stefan Kooths, Forschungsdirektor Konjunktur und Wachstum am Institut für Weltwirtschaft Kiel, zur Konjunkturprognose am 23.9.2021:

00:00:

Sie revidieren ihre Erwartungen für dieses Jahr nach unten, für nächstes Jahr nach oben - warum?

Der Aufholprozess in Deutschland bekommt jetzt erstmal eine Delle. Das bedeutet, dass der Schlusspurt für die Erholung von der Corona-Krise sich ins nächste Jahr verschiebt. Insgesamt ist allerdings die Erholung weiterhin intakt, allerdings, wir haben erhebliche Schwierigkeiten in der Industrie durch mangelnde Zulieferungen, das alleine kostet uns in diesem Jahr etwa 40 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung. Und weiterhin sind auch die kontaktintensiven, konsumnahen Dienstleistungsbereiche immer noch von Infektionsschutzmaßnahmen betroffen, so dass auch sie noch nicht wirklich durchstarten können

00:47:

Der Aufschwung bekommt eine Delle - sollte der Staat gegensteuern?

Der Staat kann diese Delle nicht ausbügeln, er sollte es auch gar nicht. Denn die Schwächephase im Winter liegt ja nicht an mangelnder Nachfrage, sondern an Produktionsbehinderungen. Im Gegenteil, Nachfrage ist überreichlich vorhanden, die privaten Haushalte sitzen auf einer zusätzlichen Kaufkraft von über 200 Milliarden Euro, die Auftragsbestände bei den privaten Unternehmen sind prall gefüllt. Sobald also die Produktionsbehinderungen wegfallen, kann auch die deutsche Wirtschaft wieder durchstarten. Wir haben weiter einen selbsttragenden Aufschwung, den sollte der Staat jetzt nicht durch: Konjunkturprogramme oder ähnliches destabilisieren.

01:39:

Wie sehr beeinflusst der Kurs der nächsten Bundesregierung die Konjunkturaussichten?

Zunächst – egal welche Bundesregierung sich jetzt bildet, sie steht immer vor großen Herausforderungen. Insbesondere wird die Finanzpolitik in den nächsten Jahren deutlich schwieriger, als sie es in den vergangenen Jahren war, denn sie kann nicht mehr aus dem Vollen schöpfen. Die nächsten Jahrzehnte sind geprägt durch den demografischen Wandel. Die Wachstumskräfte schwinden dadurch, die Verteilungskonflikte werden schärfer und in diese Phase hinein kommt jetzt noch eine Dekarbonisierungspolitik, um CO₂-Emissionen zu beschränken. Das bedeutet einen weitgehenden Umbau auch unserer Produktionsprozesse und da ist es jetzt wichtig, wie man das angeht. Je stärker man auf marktwirtschaftliche Instrumente setzt, desto eher kann das wachstumsverträglich bewältigt werden. Wenn der Staat sehr dirigistisch vorgeht mit kleinteiligen Regulierungen und Subventionen und dergleichen, dann würde das die Wachstumskräfte nochmals belasten und die ökonomischen Konflikte würden noch größer werden.